Bezugsgebühr:
Vierteljährlich für Dresden bei täglich einmaliger Zutragung durch unsere Boten abends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal 2 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bez. 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Zuschlage. Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg.; der 2spaltige Zeile auf Textseite 60 Pfg., als Eingesandt Zeile 60 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile auf Textseite und als Eingesandt 60 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Carola-Chocolade.** Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

H. Grossmann
Nähmaschinen.
Verkauf in Dresden: Chemnitzerstrasse 26, Waisenhausstrasse 5, Reisigerstrasse 41 (Eing. Stiesenerstr.), in Löbtau: Schulstrasse 13 und bei Herrn Max Baumann, Dresden-N., an der Dreikönigskirche 8.

Stanzteile, Höchstleistung 500 mm□ und 20 mm stark
Schnittbau, Präzisionsarbeit
Dreharbeiten, bis 1200 mm lang u. 1000 mm Durchm.
Curt Holzberger, Stanzwerk, Kötzschenbroda. Gegründet 1851.

Die „Dresdner Nachrichten" in **Meissen** links und rechts der Elbe **täglich 2 mal** morgens und abends durch Kobischs Buchhandlung (Curt Knibbe), Meissen, Elbstrasse No. 12.

Asbestkleidung einzelne Jacken, Hosen, Gamaschen, Handschuhe, Topflappen, Schürzen usw., flammensichere, säurefeste praktische Modelle für Giesserei- und Hochofenarbeiter, Chemiker usw., empfiehlt **Carl Wendschuchs Etablissement** **Struvestrasse 11.**

Nr. 202. Spiegel: Internationale Kongresse. Gewerbekammerbericht, Handel mit Arzneiwaren, Gerichtsverhandlungen. Lage in Rußland, Christliche Gewerkschaften. Ferdinand v. Saar †. | Mutmaßliche Witterung: **Schwül, Gewitterneig.** | **Mittwoch, 25. Juli 1906.**

Panamerikanische Konferenz und Interparlamentarische Union.

Die beiden in der Ueberschrift genannten politischen Kongresse von größerer Bedeutung haben in diesen Tagen ihre Beratungen aufgenommen.

Die Panamerikanische Konferenz eröffnete als die dritte ihrer Art — die vorige wurde 1902 in Mexiko abgehalten — am 23. d. M. in Rio de Janeiro ihre Sitzungen, um voraussichtlich mehrere Wochen, wenn nicht Monate, da ein reichhaltiges Material zur Bearbeitung vorliegt, zusammenzubleiben. Wenn etwas die Notwendigkeit dieser Konferenz dartun kann, so ist es die Tatsache dauernder Zerwürfnisse, Eifersüchteleien und Kriegsunruhen in Süd- und Mittelamerika. Eben jetzt wieder lassen unerfreuliche, der Handels- und Finanzwelt der Großmächte höchst unwillkommene Vorgänge in einer Reihe von Staaten, in Guatemala, Honduras, Venezuela, Salvador usw., erkennen, daß die Zeit der Putsche und Umwälzungen in diesem Teile des amerikanischen Kontinents noch lange nicht vorüber ist. Aber auch das Verhältnis der nordamerikanischen Vormacht, der Vereinigten Staaten, zu den Republiken im Süden ist ein so eigenartiges, kann sich in so verschiedenen Formen entwickeln, daß jede Möglichkeit, über den Gang, den diese Entwicklung voraussichtlich nehmen wird, Gewißheit oder auch nur zuverlässige Anhaltspunkte zu gewinnen, von den europäischen Interessenten, und zu ihnen gehört Deutschland in erster Reihe, eifrigst wahrzunehmen ist.

Die sehr reichhaltige Tagesordnung nennt zunächst Arbeiten für die Ausgestaltung des Internationalen Bureaus, das auf der ersten Panamerikanischen Konferenz in Washington begründet wurde. Dem Uebel der Handel und Wandel störenden Kriegsunruhen und politischen Umtrieben will eine Resolution begegnen, die neuerdings die Forderung aufstellt, daß Streitigkeiten der Staaten untereinander durch Schiedsgerichte erledigt werden sollen. Von allgemeiner Wichtigkeit und, wie sich im venezolanischen Konflikt gezeigt hat, von größter Tragweite sind die Punkte 3 und 4 der Tagesordnung. Auf der vorigen Konferenz in Mexiko wurde ein Schiedsgerichtsantrag für Schuldforderungen zwischen den verschiedenen Republiken abgeschlossen. Dieser soll, so lautet ein gegenwärtig vorliegender Antrag, auf weitere fünf Jahre ausgedehnt werden. Ferner soll die zweite Haager Friedenskonferenz, die inzwischen allerdings auf das nächste Jahr vertagt ist, um eine Entscheidung darüber ersucht werden, ob und bejahendenfalls bis zu welchem Grade bei Einforderung öffentlicher Schulden Gewalt angewendet werden darf. Die geplante Anfrage im Haag setzt als sicher voraus, daß diese Resolution den Beifall der Panamerikanischen Konferenz findet. Und in der Tat haben die zumeist hoch verschuldeten Kleinstaaten Mittel- und Südamerikas alle Ursache, einen Zustand herbeizuwünschen, der ihnen gestatten würde, sich ganz nach Belieben ihren Verpflichtungen gegen europäische Gläubiger zu entziehen. Es soll somit ein Seitenstück zu der Monroelehre geschaffen werden, das ebenso wie diese die Rechtsstellung und die Bewegungsfreiheit von Angehörigen europäischer Nationen der Willkür der amerikanischen Hochschutzzollpolitik in jeder Form überantwortet. Wie es scheint und wie sich nach ihrer Haltung im Venezuela-Streit fast mit Sicherheit annehmen läßt, wird sich die Washingtoner Regierung zur Unterstützung dieser sog. Drago-Doktrin bereit finden lassen und damit natürlich, wenn ein solcher Beschluß nicht graue Theorie bleiben soll, die Verpflichtung übernehmen, für die Innehaltung der Vorschriften der Drago-Doktrin gegebenenfalls unter Aufbietung der politischen und militärischen Macht einzutreten. Gleichzeitig würde dadurch die nordamerikanische Vormacht in der überwiegenden Anzahl der Kleinstaaten einen Fonds der Erkenntlichkeit anhäufen und diese kleinen Staaten so sehr zu Gegenleistungen verpflichten, daß eine Wirkung in der Richtung, daß der Einfluß der Vereinigten Staaten in politischen Fragen wie im Wirtschaftsleben immer mehr anschwillt, schließlich nicht ausbleiben kann. Minderung der Selbständigkeit und eigenen Leistungsfähigkeit bei den Süd- und Mittelstaaten aber, Steigerung der Kräfte und Erweiterung der Einflußsphäre in der Union, beides bedeutet für Europa und insbesondere für Deutschland eine Verschlechterung der gegenwärtigen Verkehrsbeziehungen zu Amerika und der Aussichten für die Zukunft. Vermag der nordamerikanische Imperialismus seine letzten Absichten durchzusetzen, dann kann der Zustand eintreten, daß sich ganz Amerika dem europäischen Export verschließt und mit noch größerer Energie als jetzt die Eroberung der europäischen Märkte betreiben kann. Unter den letzteren Gesichtspunkten verdient Punkt 7 des Kongreß-Programms besondere Beachtung, der die Mittel nennt, durch die der Handelsverkehr unter den amerikanischen Republiken erweitert werden soll. Solche Mittel sind: Bessere Verbindungen zwischen den einzelnen Staaten, Abschluß von Handelsverträgen, genaue Handelsstatistiken und andere Maßnahmen zur Belebung des zwischenstaatlichen Handelsverkehrs.

In enger Verbindung mit dem Plane einer zweiten Haager Friedenskonferenz steht die 14. Konferenz der Interparlamentarischen Union, die gegenwärtig im Westminster Palace in London tagt und von seiten des britischen Premierministers einen bemerkenswert warmherzigen Empfang gefunden hat. Sie ist aus allen Teilen der Erde beschickt. Aus der parlamentarischen Welt Deutschlands, die auf der 13. Konferenz in Brüssel nur durch 6 Parlamentarier vertreten war, hatten sich im ganzen 30 Abgeordnete, darunter 12 Mitglieder der Zentrumspartei, 11 Freisinnige und 2 Freikonservative, zur Teilnahme angemeldet. Die Interparlamentarische Union will den Friedenskonferenzen einerseits vor- und in die Hände arbeiten; andererseits selbständige Einrichtungen schaffen bezw. befürworten, die den Gedanken einer fortschreitenden internationalen Annäherung zur Wirklichkeit werden lassen können.

Unter den Zielen, die die Interparlamentarische Union aus eigener Kraft, ohne Hilfe der Diplomatie, die hier versagen dürfte, erreichen will, steht obenan der von der amerikanischen Gruppe ausgegangene Vorschlag der Errichtung eines internationalen Parlaments, das berufen sein soll, sich öffentlich mit politischen Angelegenheiten zu beschäftigen und so für die Beschlüsse der verschiedenen Regierungen und ihrer Vertreter Ausgangs- und Anhaltspunkte abzugeben. Indessen dürfte angesichts der verhältnismäßig sehr geringen Bedeutung, die der Haager Friedenskonferenz zukommt, die Mehrheit der 500 Parlamentarier, die sich in London zusammengefunden hat, darin übereinstimmen, daß ein internationales Völkerparlament noch bedeutungsloser sein und obendrein zu manchen Zerwürfnissen und Streitigkeiten den Anstoß geben könnte. Man wird sich deshalb voraussichtlich mit mehreren Resolutionen begnügen, in denen ausgesprochen wird, daß die Beschlüsse der Friedenskonferenz in höherem Grade als bisher für die Regierungen verbindlich sein sollen, und ferner, daß die auf der nächsten Konferenz vertretenen Staaten aus der Zahl ihrer Vertreter einen Ausschuß zu bilden haben, dem die Vorarbeiten für die notwendig erachteten Reformen des Völkerrechts obliegen sollen. Schließlich soll in London Beschluß gefaßt werden über die Fassung eines allgemein gültigen Vertrages für ein internationales Schiedsgericht. Jedoch hat sich an dem Inhalte des grundlegenden und entscheidenden Artikels 1 nichts geändert: ausgenommen von den Streitigkeiten, die von den vertragschließenden Parteien dem permanenten Schiedsgerichtshofe im Haag laut Uebereinkunft vom 29. Juli 1899 zu unterwerfen sind, bleiben auch fernerhin die Streitfragen, welche die Unabhängigkeit oder die Lebensinteressen oder die Ausübung der Souveränität der betreffenden oder anderer Mächte berühren. Neu ist dagegen die Aufnahme der Bestimmung, daß, falls zwischen den vertragschließenden Parteien ein Konflikt entsteht, der dem Schiedsgericht nicht zu unterwerfen ist, die beiden Parteien zuerst gemeinschaftlich oder einzeln die Vermittlung einer oder mehrerer befreundeter Mächte anrufen sollen, bevor sie zur Entscheidung im Wege der Gewalt schreiten. Wenn diese Verpflichtung nicht nur auf dem Papiere steht, sondern auch gehalten wird, würde damit eine weitere Bürgschaft für die Verständigung auf gütlichem Wege bei ernsteren Auseinandersetzungen gewonnen sein. Freilich ist auch in diesem Falle der Erfolg von dem guten Willen der Beteiligten abhängig, wie überhaupt internationale Abmachungen, hinter denen nicht die exekutive Macht der Regierungen und Staaten steht, lediglich theoretischen und prinzipiellen Wert beanspruchen können. Für Deutschland insbesondere wird die Teilnahme an allen derartigen Bestrebungen immer noch sehr erschwert durch den Umstand, daß deutschfeindliche Elemente die Friedensgesellschaften als Deckmantel benutzen, um dahinter ihre gegen die deutschen Interessen gerichteten Pläne zu fördern.

Neueste Drahtmeldungen vom 24. Juli.

Zur Lage in Rußland.

London. (Priv.-Tel.) Der Petersburger Korrespondent der „Tribune" telegraphiert, daß die fortschrittlichen Mitglieder der Duma glauben, der Zar sei gezwungen worden, den Auflösungsukas zu unterzeichnen. Der Zar habe nur unter dem Druck der reaktionären Hofpartei gehandelt.

London. (Priv.-Tel.) Nach einer Meldung der „Daily Mail" aus Kopenhagen hat die Kaiserin-Mutter von Rußland soeben eine große Villa in der Nähe von Kopenhagen gekauft, damit dort die russische Kaiserfamilie für den Fall, daß sie aus Rußland flüchten müßte, Wohnung nehmen könnte.

Petersburg. Der Präsident des Ministerrats und Minister des Innern Stolypin hat unterm 24. Juli an die Generalgouverneure, Gouverneure und Präfekten, sowie an den kaiserlichen Statthalter des Kaukasus folgendes Telegramm gerichtet: Gemäß den vom Kaiser erteilten Weisungen und zum Zwecke einer vollen Vereinheitlichung der Tätigkeit der örtlichen Behörden mache ich Ihnen davon Mitteilung, daß die Regierung von Ihnen eine unverzügliche bestimmte Unterweisung der Ihnen unterstellten Behörden verlangt, damit die Ordnung schnell und sicher und ohne Mißgriffe wiederhergestellt wird. Ruhestörungen müssen unterdrückt, revolutionäre Anwandlungen mit allen Mitteln niedergehalten werden. Die gesetzlichen Maßnahmen, die Sie ergreifen, sind genau zu erwägen. Der Kampf richtet sich gegen die Feinde der Gesellschaft, nicht gegen die Gesellschaft selbst, infolgedessen sind Unterdrückungsmaßnahmen im großen Stile nicht zu billigen. Ungesetzliche und unkluge Handlungen, die Unzufriedenheit, statt Beruhigung schaffen, dürfen nicht geduldet werden. Die Absichten des Kaisers sind unerschütterlich. Die Regierung ist fest entschlossen, durch Beseitigung und Aenderung der alten, ihrem Zwecke nicht mehr entsprechenden Gesetze auf gesetzlichem Wege Abhilfe zu schaffen. Das alte Regime wird eine Verjüngung erfahren, doch muß die Ordnung aufrecht erhalten werden. Sie müssen also in dieser Hinsicht eigene Initiative zeigen, da auf Ihnen die Verantwortung ruht. Ein entschiedener und energischer Wille, der sich in dieser Weise betätigt, wird von den besseren Teilen der Gesellschaft zweifellos unterstützt werden.

Petersburg. (Priv.-Tel.) In Kronstadt haben die Arbeiter demonstriert, indem sie mit roten Fahnen durch die Straßen zogen und die Marseillaise sangen. Obgleich bisher keine Nachrichten vom Ausbruche des Generalstreiks eingetroffen sind, hat die Regierung doch allen Bahnchefs Instruktionen erteilt. Insbesondere wurden sie angewiesen, den telegraphischen Dienst um jeden Preis aufrecht zu erhalten. Den ausländischen Diplomaten wurde vom Minister des Aeußeren der Rat erteilt, in den nächsten Tagen ihre Wohnungen so wenig als möglich zu verlassen, da die Spaziergänge in der Stadt und ihrer Umgebung nicht ohne Gefahr seien.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Geheimagenten konfiszierten bei allen Privatpersonen, die sich im Besitze von Eintrittskarten zum Dumagebäude befanden, die Passierscheine. Auch die Korrespondenten auswärtiger Blätter wurden von dieser Maßregel betroffen.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Die russische Regierung hat 80 Geheimagenten nach Wiborg entsandt, die auf Schritt und Tritt die Duma-Abgeordneten verfolgen. Obwohl die Versammlung hinter verschlossenen Türen tagte und weder ausländischen Korrespondenten noch anderen Personen der Zutritt gestattet wurde, sollen diese Agenten heimlich der großen Nachsitzung von Sonntag auf Montag beigewohnt haben.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Die Postbeamten sollen mit den revolutionären Arbeiterorganisationen gemeinsame Sache machen. Sie beschlossen, in einen Generalstreik einzutreten, wenn der Arbeiterkonseil den Ausstand beschließen sollte. Dieser Beschluß erscheint um so bedeutungsvoller, als sich nicht nur die niederen Postbeamten solidarisch mit den Arbeitern erklärt haben, sondern auch die Beamten der höheren Ressorts.

Moskau. (Priv.-Tel.) Aeußerlich herrscht völlige Ruhe; weder Straßen-Aufzüge noch sonstige Demonstrationen werden veranstaltet, die Arbeiterberufsverbände beraten friedlich die weiteren Schritte. Die Komitees der einzelnen politischen Parteien konferieren über die durch die Duma-Auflösung geschaffene Lage. Die Garnison wurde verstärkt, die Polizeiposten sind in Patrouillen verwandelt worden, die nachts aus vier, tagsüber aus zwei Schutzleuten bestehen. Sämtliche Bahnhöfe werden von starken Militär-Abteilungen, Gendarmerie und Polizei scharf bewacht, ebenso die nächsten Bahnstationen. Gepanzerte Züge mit geheizten Lokomotiven stehen bereit. Unter den Eisenbahnern herrscht große Erregung. Haussuchungen und Massen-Arretierungen dauern fort. Einige Zeitungen sind verboten.

Warschau. (Priv.-Tel.) Die fünf Mitglieder des Polenklubs, die nach Wyborg gegangen waren, erklärten dort den versammelten Kollegen, der Klub fühle sich nicht ermächtigt, sich nach der Auflösung der Duma an irgend welchen weiteren Handlungen zu beteiligen, was sie durch die besondere Lage Polens motivierten. Die polnischen Abgeordneten kehren morgen nach Warschau zurück. Die Sozialdemokraten, Polen und Litauer fordern in Flugschriften die Arbeiterschaft auf, sich zum Zusammenwirken mit den russischen Revolutionären bereitzuhalten, aber jetzt keine Ausschreitungen zu begehen.

Wyborg. (Priv.-Tel.) Ueber 200 ehemalige Duma-Abgeordnete unterzeichneten das Manifest an die Bevölkerung. Die Zahl der Unterzeichner wächst durch telegraphische Zustimmungen. Die Abgeordneten kehren nach Petersburg zurück, obgleich sie darauf vorbereitet sind, daß ihre Verhaftung erfolgt.

Zur Rede Campbell-Bannermanns.

London. (Priv.-Tel.) Die Aeußerung, die Ministerpräsident Campbell-Bannerman über die inneren russischen Zustände bei der Eröffnung der interparlamentarischen Konferenz getan hat, erregt großes Aufsehen. Fast die ganze Presse verurteilt auf das entschiedenste die Aeußerung des Premiers. Der „Standard" sagt, die taktlose Aeußerung des Ministerpräsidenten werde die Beziehungen zwischen England und Rußland beeinflussen. Erst arbeitet man jahrelang, um eine friedliche Beilegung der Differenzen mit Rußland herbeizuführen, und dann komme ein nichtswissender Ministerpräsident und vernichte alles. Es sei leicht, sich vorzustellen, was der Minister des Aeußeren sich gedacht habe, als er den Bericht der Rede seines Chefs las. Der „Daily Telegraph" schreibt: „Wenn auch die Mehrzahl des englischen Volkes die Gefühle des Ministerpräsidenten bezüglich der Duma teile, so sei das noch immer keine Entschuldigung für Campbell-Bannerman, der kein Recht habe, in dieser frivolen Weise auf die Beziehungen Englands mit fremden Mächten einzuwirken." Die „Times" und die „Morning Post" verurteilen den Ministerpräsidenten ebenso scharf. Noch nie mußte ein englischer Ministerpräsident solche Kommentare über seine eigenen Worte

Fortig ist der Stuck von Friedrich's Gleichen